

27.10.2017 – PM 107/2017

Aus für EU-Richtlinie zur Einpersonengesellschaft

IG BAU: Erfolgreicher Widerstand gegen europäische Ich-AG

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die Abkehr der EU-Kommission von ihrem Plan, eine sogenannte europäische Einpersonengesellschaft (SUP) einzuführen. Dieses Vorhaben ist im jetzt vorgelegten Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das kommende Jahr nicht mehr enthalten. „Die Einsicht kommt spät und erst nach intensiver Überzeugungsarbeit, aber sie kommt. Wir haben bereits vor mehr als zwei Jahren die Pläne massiv kritisiert. Eine schlanke Bürokratie ist schließlich kein Selbstzweck, denn manche Regeln machen Sinn – gerade wenn es darum geht, Scheinselbstständigkeit und Briefkastenfirmen zu verhindern“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers, der gleichzeitig Präsident der europäischen Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaften (EFBH) ist. „Zusammen mit der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament ist es damit der EFBH und der IG BAU gelungen, die marktliberalen Kräfte in der EU in die Schranken zu weisen. Das ist ein großer Erfolg, der uns anspornt auch bei anderen Zumutungen für Beschäftigte in der EU weiter Druck zu machen.“

Die geplante Einpersonengesellschaft sah vor, die Gründung von Kapitalgesellschaften zu deregulieren. Danach hätten Gesellschaften über das Internet mit einem Mindestkapital von einem Euro gegründet werden können. Wo ein Anmelder lebt und arbeitet, wäre danach unerheblich gewesen. Ein Portugiese hätte beispielsweise eine Gesellschaft in Irland gründen können, um dann in Deutschland zu arbeiten. Kontrollen wären nicht mehr möglich gewesen. Scheinselbstständigkeit und Briefkastenfirmen hätte die Umsetzung der Einpersonengesellschaft Tür und Tor geöffnet.